

Vorlage Nr. 82/2021		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

**Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst
hier: Anerkennung weiterer 7,75 überplanmäßiger Bedarfe**

A Problem

Mit Vorlagen Nr. 19/2021 und 43/2021 hat der Personal- und Organisationsausschuss überplanmäßige unbefristete Bedarfe zur personellen Verstärkung des Gesundheitsamtes beschlossen.

Nach einer weiteren Abstimmung zwischen dem Gesundheitsamt, der Magistratskanzlei und dem Personalamt werden im Rahmen des ÖGD-Paktes die unter B Lösung genannten weiteren unbefristet anerkannten Bedarfe beantragt, um das Gesundheitsamt, das in den zurückliegenden Jahren keinen nennenswerten Stellenzuwachs erfahren hat, zukunftsfähig mit Personal auszustatten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich entgegen der bisherigen Rahmenbedingungen zum ÖGD-Pakt nunmehr abzuzeichnen scheint, dass möglicherweise bei der Schaffung von weiteren Stellen auch ggf. bis zum 31.12.2026 befristete Stellenschaffungen als förderfähig anerkannt werden. Allerdings ist die Möglichkeit der Befristung noch nicht abschließend vom Bundesministerium für Gesundheit kommuniziert. Des Weiteren würde die Ausschreibung von lediglich befristeten Stellen die Problematik der sich sehr schwierig gestaltenden Mitarbeiter:innengewinnung im Hinblick auf den bestehenden Fachkräftemangel weiter verschärfen. Das Gesundheitsamt beantragt daher die Bewilligung von unbefristeten üpl. Bedarfen.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt im Rahmen des ÖGD-Paktes für das Gesundheitsamt die nachfolgenden unbefristeten überplanmäßigen Bedarfe:

- 0,5 Bedarfe Sachbearbeiter:in (EG 13 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für die Bereiche Gesundheitsberichtserstattung und Controlling (Abtl. 53/1)
- 1,0 Bedarf Sachgebietsleiter:in (EG 13 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich Katastrophenschutz (Abtl. 53/3)
- 0,75 Bedarf Sachbearbeiter:in (EG P 7 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), abhängig vom jeweiligen Qualifikationsstand, vorbehaltlich Bewertung) (Abtl. 53/3)
- 0,5 Bedarf zahnmedizinische:r Fachangestellte:r (EG 6 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) in der Infektionsschutzabteilung (Abtl. 53/3)
- 1,0 Bedarf stellvertretende:r Abteilungsleiter:in (EG 12 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (Abtl. 53/4)
- 1,0 Bedarf Beschäftigte:r in der Informations- und Kommunikationstechnologie (EG 10 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) (Abtl. 53/1)

- 1,0 Bedarf Stadtangestellte:r (EG 11 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich ÖGD-Pakt und Digitalisierung (Abtl. 53/1)
- 2,0 Bedarf Stadtangestellte:r (EG 9c TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich Abrechnungswesen, Zuwendungsrecht und Sozialbestattungen (Abtl. 53/1)

Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Befassung des Gesundheitsausschusses sowie der Finanzierung aus Mitteln des ÖGD-Paktes.

Zum Stellenplan 2024/2025 sind entsprechende Stellenplananträge zu stellen.

C Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalhauptkosten entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 580.000 € brutto p.a., die aus für den ÖGD-Pakt bereitgestellten Bundesmitteln finanziert werden sollen. Über die konkrete Höhe der jeweiligen Bundesmittel, die über das Gesundheitsressort Bremen für das Gesundheitsamt Bremerhaven gezahlt werden, gibt es noch keine abschließende Aussage. Insofern obliegt es dem städtischen Gesundheitsamt, die Besetzung von auf der Grundlage des ÖGD-Paktes geschaffenen Stellen nur soweit vorzunehmen, wie entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen bestehen nicht. Die Besetzung der anerkannten Bedarfe erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Der Gesundheitsausschuss wird voraussichtlich in der Sitzung am 24.11.2021 beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine / Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird vorgenommen.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt im Rahmen des ÖGD-Paktes für das Gesundheitsamt die nachfolgenden unbefristeten überplanmäßigen Bedarfe:

- 0,5 Bedarfe Sachbearbeiter:in (EG 13 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für die Bereiche Gesundheitsberichtserstattung und Controlling (Abtl. 53/1)
- 1,0 Bedarf Sachgebietsleiter:in (EG 13 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich Katastrophenschutz (Abtl. 53/3)
- 0,75 Bedarf Sachbearbeiter:in (EG P 7 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), abhängig vom jeweiligen Qualifikationsstand, vorbehaltlich Bewertung) (Abtl. 53/3)
- 0,5 Bedarf zahnmedizinische:r Fachangestellte:r (EG 6 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) in der Infektionsschutzabteilung (Abtl. 53/3)
- 1,0 Bedarf stellvertretende:r Abteilungsleiter:in (EG 12 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (Abtl. 53/4)
- 1,0 Bedarf Beschäftigte:r in der Informations- und Kommunikationstechnologie (EG 10 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) (Abtl. 53/1)
- 1,0 Bedarf Stadtangestellte:r (EG 11 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich ÖGD-Pakt und Digitalisierung (Abtl. 53/1)
- 2,0 Bedarf Stadtangestellte:r (EG 9c TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung)

für den Bereich Abrechnungswesen, Zuwendungsrecht und Sozialbestattungen (Abtl. 53/1)

Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Befassung des Gesundheitsausschusses sowie der Finanzierung aus Mitteln des ÖGD-Paktes.

Zum Stellenplan 2024/2025 sind entsprechende Stellenplananträge zu stellen.

Melf Grantz
Oberbürgermeister